

## EDITORIAL

In der diesmal, auch wegen Corona, in der Osteroder Stadthalle abgehaltenen Kreistagssitzung war eine lange Tagesordnung abzuarbeiten. Corona-Hilfen waren dann auch ein großes Thema, obgleich die Maßnahmen des Landkreises angesichts ihres Volumens kaum der Rede wert sind.

Deutlichen Widerspruch äußerten wir zur Verkleinerung eines Landschaftsschutzgebietes und zur Vorbereitung des Abfallzweckverbandes.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
Kreishaus, Zi. 66  
Reinhäuser Landstr. 4  
37083 Göttingen  
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
dielinke-goettingen.de/kreistag

## TOP 6/7 Neuauflage des Gedenkbuchs für die jüdischen Mitbürger / Präsentation von Erinnerungskultur

Bei diesem Thema, das im Kreistag auf Initiative unserer Gruppe sei einiger Zeit wieder intensiv beraten wird, möchte die Verwaltung das Projekt auf unabsehbare Zeit zurückstellen. Begründet wurde dies von der Verwaltung und den Rednern der verwaltungsnahen Parteien damit, dass einem erheblichen Aufwand fehlende Ressourcen und Expertise gegenüberstehen und zudem „unabsehbare rechtliche und politische Risiken“ vorhanden seien.

Zu diesem für unsere Gruppe nicht akzeptablen Vorschlag wurde von uns ein Änderungsantrag eingebracht, den Eckhard Fascher und Hans-Georg Schwedhelm begründeten. Dabei wurde betont, dass die vorliegende Auflage völlig veraltet ist und eine Vielzahl von Personen noch fehlen. Gefordert wurde von unserer Seite die Realisierung einer Neuauflage und nicht die ins Spiel gebrachte digitale Variante.

Beschlossen wurde natürlich die Vorlage der Verwaltung, wobei von unserer Seite deutlich gemacht wurde, die Verwaltungsgruppe beim Wort zu nehmen, wenn sie erklärt, das Projekt werde nur „zurückgestellt“.

Darüber hinaus gab es noch einen separaten Antrag der FDP. In diesem wird gefordert, das Projekt Gedenkbuch weiterzuführen und zusätzlich eine Internetplattform einzurichten. Beschlossen wurde dann eine modifizierte Variante, die von unserer Gruppe positiver bewertet wurde. Hierbei wird das Projekt in die Partnerschaften für Demokratie eingebettet.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass uns dieses Thema auch in der nächsten Wahlperiode noch beschäftigen wird.

## TOP 9/10/11 Corona-Hilfen

Gleich mehrere Anträge beschäftigten sich mit Hilfen für diverse Gruppen, die durch die Corona-Krise in Schwierigkeiten geraten sind. Einen eigenen Antrag formulierte unsere Gruppe dabei für Familien, deren Kinder aufgrund des Bildungs- und Teilhabepaketes eine Finanzierung der Mittagsverpflegung in der Schule erhalten, welche in den zurückliegenden Monaten nicht erfolgen konnte. Mit dem Hinweis auf rechtliche Problem wurden finanzielle Hilfen für die Betroffenen verweigert. Jo Bons Appell, die Kinder der Ärmsten nicht im Stich zu lassen, wurde dementsprechend von den anderen Fraktionen abgebugelt.

Die anderen Anträge sahen Hilfen insbesondere für Solo-Selbständige und Kulturschaffende vor. Diese wurden dann mehrheitlich angenommen und auch von unserer Gruppe im Grundsatz begrüßt, allerdings mit deutlicher Kritik im Detail und entsprechenden Änderungsvorschlägen. So gilt nun generell das sog. „Windhundprinzip“ oder anders formuliert: Wer zuerst beantragt, bekommt zuerst, wenn die Mittel aufgebraucht sind, gibt es nichts mehr. Hierbei werden Härtefälle nicht berücksichtigt, es geht ausschließlich um schnellstmögliche Antragstellung. Auch nicht einverstanden waren wir mit den vorgelegten Deckungsvorschlägen, die entsprechende Kürzungen an anderer Stelle vorsahen.

Unter dem Strich sind alle beschlossenen Hilfsmaßnahmen angesichts ihres Gesamtvolumens im niedrigen sechsstelligen Bereich eher symbolischer Natur. Wie kann es auch anders sein, wenn selbst in absoluten Krisenzeiten und großer Not der Betroffenen aufgrund eines Zukunftsvertrages das Dogma der Begrenzung der freiwilligen Leistungen auf 1,5% der Gesamtaufwendungen weiterhin realisiert werden soll.

## TOP Verkleinerung des Landschaftsschutzgebiet in Dransfeld

Direkt am Dransfelder Hohen Hagen ist ein 22 ha großer Kletterpark innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes und in unmittelbarer Nähe eines besonders schützenswertes FFH-Gebietes geplant, obwohl andere Kletterparks des Betreibers mit deutlich weniger Flächenverbrauch auskommen. Kritik kommt vor allem von den Umweltverbänden. Diese lehnen aber das Projekt gar nicht grundsätzlich ab, sondern sprechen sich für dessen deutliche Begrenzung auf das Umfeld des Gaußturms und des Schullandheims aus.

Vorsichtige Kritik übte Ute Haferburg für die Grünen, die die LSG-Herausnahme auf ein Gebiet von immer noch 14 Hektar begrenzen wollten und erst nach den Beratungen im Umweltausschuss einen entsprechenden Änderungsantrag einbrachten.

Eckhard Fascher machte sich für unsere Gruppe hingegen die Position der Umweltverbände zu eigen, der Grüne-Antrag ging uns nicht weit genug. Die Redner von SPD, CDU und Freien Wählern unterstützten hingegen völlig unkritisch das Projekt.

Wir haben auch entsprechend im Kreistag die Vorlage abgelehnt, während sich die Grünen nach der Ablehnung ihres Antrags durch die Kreistagsmehrheit bei der Endabstimmung der Stimme enthielten.

## TOP 49 Krise im Abfallzweckverband

Im Abfallzweckverband Südniedersachsen brodelt es. Im Landkreis Northeim gibt es ernsthafte Austrittsüberlegungen.

Streitpunkt ist der Umbau der zentralen Anlage in Deiderode von einer Nass- auf eine Trockenvergärung, die ursprünglich sieben Mio. Euro kosten sollte, mittlerweile liegen die Kostenschätzungen bei über 20 Mio.

Die Verwaltungsvorlage ignorierte die Northeimer Bedenken und hält am Umbau fest, der im Oktober vom Kreistag gegen unsere Stimmen beschlossen wurde. Andernorts werden ähnliche Anlagen mit einer wesentlich kostengünstigeren Modernisierung betrieben. Aufgrund der immensen Kosten befürchten die Northeimer deutliche Gebührenerhöhungen für ihre Bevölkerung.

Eckhard Fascher kritisierte, dass die Northeimer Bedenken ignoriert werden und der Umbau beschlossen werden soll, obwohl die Northeimer ihre eigene Entscheidung vertagt haben, so dass nicht auf der geplanten Verbandsversammlung im Juli, sondern erst im Herbst nicht entschieden werden kann. Hier werde ohne Not die Situation durch unseren Landkreises eskaliert.